

Kohlekraftwerke sollen für Klimazerstörung zahlen

Betriebskosten für Kraftwerk in Mainz werden teurer

Mainz/Wiesbaden 4.12.2006 - Das Eis für das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue wird immer dünner: in der vergangenen Woche hat EU-Umweltkommissar Dimas Deutschland aufgefordert, unfaire Sonderregelungen für Kohlekraftwerke beim Emissionshandel zu beseitigen. Dadurch wird sich die Wirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken gegenüber erneuerbaren Energien und Gas verschlechtern. Auch das in Mainz geplante Kohlekraftwerk wollte von der Vorzugsregelung profitieren.

Die Bundesregierung hatte bisher im so genannten Nationalen Allokationsplan (NAP) vorgesehen, neuen Kohlekraftwerken, die alte Kraftwerke ersetzen, für die ersten 14 Betriebsjahre die Verschmutzung der Atmosphäre mit dem Klimagas Kohlendioxid (CO₂) vollständig und kostenlos zu gestatten. Das lehnt die EU ab und ist nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 30. November auch bereit, ihre Position gerichtlich durchzusetzen.

Um das Klima zu schützen, wurde in der EU im Jahr 2005 ein Handel mit Emissionsrechten eingeführt. Betreiber von Anlagen, die klimaschädliches CO₂ ausstoßen, müssen entsprechende Mengen Verschmutzungsrechte nachweisen. In Deutschland werden die Zertifikate kostenlos zugeteilt. Eine Anlage, die mehr CO₂ ausstößt, als ihr zugeteilt wurden, muss Zertifikate auf dem Markt zukaufen. Um eine Senkung der CO₂-Emissionen zu erreichen, wird von Seiten der EU stufenweise die Zahl der Zertifikate reduziert und damit de facto die Verschmutzungsobergrenze gesenkt. Bundesumweltminister Gabriels Pläne sahen für Deutschland dagegen vor, neue Kohlekraftwerke, wie das auf der Ingelheimer Aue geplante, indirekt zu subventionieren, in dem sie für 14 Jahre von Reduktionspflichten befreit werden.

Greenpeace begrüßt den Vorstoß der EU, diese klimaschädliche Subvention zu unterbinden. „Wer wie die KMW Kohlendioxid in die Luft pusten will und das Klima zerstört, soll nach dem Verursacherprinzip auch dafür zahlen“, erklärt Susanne Ochse, Energie-Ansprechpartnerin der Greenpeace-Gruppe Mainz/Wiesbaden. Kohle ist der kohlenstoffhaltigste fossile Brennstoff. Bei der Erzeugung einer Kilowattstunde Strom in Steinkohlekraftwerken wird mehr als doppelt soviel CO₂ frei wie bei modernen Gaskraftwerken. Windkraft- oder Solaranlagen verursachen so gut wie keine CO₂-Emissionen.

Wie hoch die der KMW entstehenden Mehrkosten sein werden, ist wegen der extrem schwankenden Preise für CO₂-Zertifikate an der Leipziger Strombörse kaum abzuschätzen. Doch der Trend ist klar: je knapper die Zertifikate werden, desto teurer wird Kohlestrom. „Die Betriebskosten für den Steinkohleblock werden damit ebenso schwer berechenbar wie die Gaspreise“, folgert Felix Lieb, Pressesprecher der Greenpeace-Gruppe. „Statt dieses finanzielle Risiko einzugehen, sollte die KMW ihre Kohlepläne in den Reißwolf werfen und in erneuerbare Energien investieren.“ Gleichzeitig müsse der Bevölkerung mehr Anreiz zum Energiesparen gegeben werden.

Mit einer Neuorientierung der Stadtwerke hin zu umweltfreundlicher Energieversorgung hätten Mainz, Wiesbaden und Darmstadt Vorbildcharakter in Deutschland und Europa. Alle drei Städte sind Mitglied im Klimabündnis europäischer Städte. Sie haben sich damit verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen bis 2030 um die Hälfte zu senken. „Mit schmutzigem Kohlestrom ist dieses Klimaziel kaum zu erreichen“, kritisiert Felix Lieb.

Um die Planungen für das Kohlekraftwerk zu stoppen, sammelt die Greenpeace-Gruppe Mainz/Wiesbaden gemeinsam mit anderen Umweltgruppen Unterschriften für einen Einwohnerantrag an den Stadtrat in Mainz. Der Druck von Seiten der EU ist dem Vorhaben sicher sehr förderlich.

V.i.S.d.P. Felix Lieb, Pressesprecher Greenpeace Mainz/Wiesbaden

An die Redaktionen:

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Felix Lieb, Pressesprecher Greenpeace-Gruppe Mainz/Wiesbaden unter Tel. 0177 / 588 66 51, Email: f.lieb@gaia.de

GREENPEACE - Gruppe Mainz / Wiesbaden,

Ankertorstr. 2 - 4, 55252 Mainz-Kastel, Telefon: 06134 - 186934 AB,

Bürozeiten: Dienstags 19 - 20 Uhr,

Email: mainz-wiesbaden@greenpeace.de, <http://www.greenpeace.de/mainz-wiesbaden>